

5**81**

Union in Deutschland

Bonn, den 12. Februar 1981

Kanzler-Krise verschärft sich immer mehr

Die Gegensätze zwischen den Koalitionsparteien und zwischen den Flügeln der SPD werden immer unüberbrückbarer. In zentralen Fragen der deutschen Politik ist die Bundesregierung handlungsunfähig geworden. Die Isolierung des Bundeskanzlers von seiner eigenen Partei verschärft sich Woche für Woche. Ohne Rückhalt und Durchsetzungskraft verliert er mehr und mehr die Möglichkeit, unser Land sicher durch die Schwierigkeiten der 80er Jahre führen zu können.

Dies stellte Helmut Kohl vor dem CDU-Präsidium in Bonn (9. Februar 1981) fest. Weiter sagte der Parteivorsitzende: Ein Ausweg aus der Krise der SPD, der Krise der Koalition und der Krise des Kanzlers ist nicht sichtbar, solange für die Koalition Machterhalt wichtiger ist als Politik.

■ Die Hamburger SPD faßt Beschlüsse gegen die energiepolitische Konzeption der SPD/FDP-Bundesregierung. Der Kanzler nimmt dies widerstandslos hin.

■ Mehr als 1,3 Millionen Arbeitslose, 30 Prozent mehr jugendliche Arbeitslose als im Vorjahresmonat, ein Leistungsbilanzdefizit von ca. 30 Milliarden

■ 29. BUNDES-PARTEITAG

Motto / Antragsfristen / Arbeitsprogramm
Seite 3—5

■ BERLIN

Richard von Weizsäckers
Wahlkampfmannschaft
Seite 5

■ FRAKTION

Grundsätze zum Rüstungsexport
Seite 6

■ MITTELAMERIKA

Der Friede in El Salvador ist
möglich und notwendig
Seite 7

■ NEUTRONEN-WAFFE

Sachliche Diskussionen
notwendig
Seite 9

■ ARBEITSLOSE

Bedrückende Folgen einer
falschen Politik
Seite 12

■ USA-POLITIK

Bonn wird in manchen Bereichen
umdenken müssen
Seite 13

■ AGRARBERICHT

Ertls Beschönigungsversuche
müssen endlich aufhören
Seite 15

■ DOKUMENTATION

Der Fehlstart der SPD/FDP-Koalition im Spiegel der Presse
grüner Teil

(Fortsetzung auf Seite 2)

Motto des Mannheimer Parteitages: „Wir arbeiten für eine menschliche Zukunft“

Das Präsidium hat auf seiner Sitzung am 9. Februar 1981 in Bonn den Antrag für den 29. Bundesparteitag „Aufgaben der 80er Jahre“ (Arbeitsprogramm) verabschiedet; er ist inzwischen allen Delegierten zugegangen. Das Präsidium legte außerdem das Motto des Parteitages fest; es lautet: „Wir arbeiten für eine menschliche Zukunft“.

Das Präsidium hat sich auf seiner Sitzung am 9. Februar 1981 außerdem intensiv mit der Vorlage zum Tagesordnungspunkt 16 des Parteitages „Wohnungsbaupolitik“ beschäftigt. Wegen der Bedeutung des Themas kann der dazu angekündigte Antrag

des Bundesvorstandes erst auf der Sitzung am 16. Februar 1981 verabschiedet werden; er wird dann sofort allen Delegierten zugeschickt.

Alle Anträge, die zu diesem Tagesordnungspunkt bis zum **3. März 1981, 10.00 Uhr**, bei der Bundesgeschäftsstelle eingehen, werden dem Bundesparteitag vorgelegt.

Die Antragsfrist für den Antrag „Aufgaben der 80er Jahre“ (Arbeitsprogramm) läuft — wie angekündigt — am **23. Februar 1981, 24.00 Uhr**, ab, d. h. alle bei der Bundesgeschäftsstelle bis zu diesem Zeitpunkt eingehenden Anträge zum Tagesordnungspunkt 15 werden dem Bundesparteitag vorgelegt.

(Fortsetzung von Seite 1)

den Mark im Jahre 1980 und eine weiter steigende Staatsverschuldung zeigen die Spitzen eines Problembereiches der konzeptionslosen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

■ Die Initiativen des linken SPD-Flügels zur Torpedierung des Nachrüstungsbeschlusses der NATO und zur Senkung des Verteidigungsetats sowie die Entscheidungslosigkeit der Regierung beim Waffenexport machen die Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland unkalkulierbar.

Wie das Angebot zur Zusammenarbeit in der Energiepolitik zeigt, ist die CDU in den lebenswichtigen Fragen unseres Staates zu einem konstruktiven Beitrag bereit. Diese Bereitschaft hat jedoch

zur Voraussetzung, daß die Koalitionsparteien und die Bundesregierung aufhören, den Erhalt von Ämtern und Macht wichtiger zu nehmen als die Interessen der deutschen Bevölkerung.

Die Warnung Wehners, die SPD müsse in der Regierung bleiben, weil ihr in der Opposition die Spaltung drohe, zeigt eine gefährliche Überordnung des Parteiinteresses über das Staatsinteresse.

Die innen- wie außenpolitische Situation der Bundesrepublik Deutschland hat einen Punkt erreicht, wo oberflächliche Kompromisse zu Problemlösungen nicht mehr ausreichen. Eine kraftvolle, entschlossene und kompetente Führung des Landes ist unabdingbar. Die gegenwärtige Regierungskoalition ist dazu nicht in der Lage.

■ 29. BUNDESPARTEITAG

Aufgaben der 80er Jahre (Arbeitsprogramm)

I. Präambel

Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen, der Ehrfurcht vor der Schöpfung und der Verantwortung des Menschen vor Gott. Das Verständnis vom Menschen und die Orientierung ihrer Politik an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, wie sie im Grundsatzprogramm der CDU definiert sind, geben der CDU die Kraft, die große Herausforderung unserer Zeit zu bestehen, nämlich Gegenwartsinteressen und Zukunftsinteressen richtig zu gewichten.

Das richtige Verhältnis zwischen Gegenwart und Zukunft ist gestört. Die Ansprüche der Gegenwart beherrschen die politische Szene. Künftige Gestaltungsmöglichkeiten der heutigen Jugend und der nachfolgenden Generationen werden durch die kurzsichtige Gegenwartspolitik der Koalition von SPD und FDP in unerträglichem Ausmaße eingegrenzt. In der Wiederherstellung der richtigen Gewichtung zwischen Gegenwart und Zukunft, in der Durchsetzung einer zukunfts-bewußten Politik, liegt eine zentrale Aufgabe der CDU.

Das Gemeinwesen, für das wir uns einsetzen, ist mehr als nur ein Interessenverband zu Tageszwecken. Es ist unsere moralische Pflicht, nicht nur an die Gegenwart, sondern auch an die Zukunft, nicht nur an uns selbst, sondern auch an unsere Kinder und Kindeskiner zu denken. Wir wollen unserer Jugend eine chancenreiche, eine menschliche, eine lebenswerte Zukunft eröffnen.

II. Arbeitsprogramm

Der Bundesvorstand wird beauftragt, zu folgenden Themenbereichen weiterführenden Aussagen zu erarbeiten und zur Diskussion und Beschlußfassung in der Partei vorzulegen:

① Die Soziale Marktwirtschaft muß bei veränderten Bedingungen wieder durchgesetzt werden:

- a) Wie können die Wirtschaftskraft wieder gestärkt und die Vollbeschäftigung wiederhergestellt werden?
- b) Wie können wirtschaftliches Wachstum und technische Entwicklung mit dem Schutz unserer natürlichen und sozialen Umwelt vereinbart werden?

Begründung:

Eine Analyse der heutigen wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß wir in den nächsten Jahren — als Folge der Politik der SPD/FDP-Koalition und einer veränderten internationalen Lage — andere Bedin-

gungen haben werden als bisher, mit zum Teil noch nicht absehbaren Konsequenzen, z. B. für den Arbeitsmarkt, die Kapitalbildung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Es ist notwendig und möglich, diese Bedingungen durch die Politik der Sozialen Marktwirtschaft zu verbessern. Die Einheit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik muß wieder stärker berücksichtigt werden, nur dann können die politische Handlungsfähigkeit des Staates gesichert, der soziale Frieden erhalten und zusätzliche Aufgaben im Inneren (wie z. B. Umweltschutz, Sicherung überschaubarer Lebensformen) und in der Welt (Entwicklungshilfe, Verteidigung) bewältigt werden.

In der heutigen Zeit kommt dem Grundsatz der Subsidiarität besondere Bedeutung zu: alles, was der Bürger allein, in der Familie, im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebenso gut leisten kann wie der Staat und die größere Einheit, muß ihm vorbehalten bleiben. Dies ist menschlicher und wirtschaftlicher zugleich und wird uns helfen, den Strukturwandel in Freiheit zu bewältigen.

② Verwirklichung der Grundsätze der Gleichberechtigung, der Partnerschaft und der Wahlfreiheit von Mann und Frau in Familie und Beruf.

Begründung:

Was Frauen unter doppelter oder gar dreifacher Belastung — im Beruf, als Hausfrau und Mutter — leisten, findet wenig Anerkennung. Unsere Gesellschaft hat von den Frauen viel erwartet, ihnen viel aufgebürdet, aber wenig für sie getan. Die meisten Frauen wollen sich nicht in jungen Jahren ein für allemal zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen, sondern in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Schwerpunkte in ihrem Leben wählen. Besonders Frauen, die sich voll der wichtigen Aufgabe der Mutter widmen, stehen nach der Zeit der Kindererziehung vor dem Problem, eine neue Lebensaufgabe zu finden. Die Union versteht unter Gleichberechtigung die Wahlfreiheit zu einer Vielfalt von Lebensmöglichkeiten. Die Verwirklichung dieses Zieles erfordert nicht nur politische Maßnahmen, sondern eine partnerschaftliche Aufgabenteilung von Mann und Frau in Familie und Beruf.

③ Neue Initiativen zur Schaffung des Europäischen Bundesstaates

Begründung:

Unsere Europapolitik ist getragen von der Überzeugung, daß die Existenzsicherung der europäischen Völker einschließlich des deutschen Volkes in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit nur in einem freien und geeinten Europa möglich ist. Trotz aller Schwierigkeiten treten wir dafür ein, unsere gemeinsamen Interessen auch gemeinsam zu vertreten, die Einheit Deutschlands in Freiheit anzustreben und aus dem Staatenbund der Europäischen Gemeinschaft, der bereits heute 270 Millionen in Frieden und Freiheit verbindet, den Bundesstaat, die Europäische Union zu schaffen.

④ Mitverantwortung für die Völker anderer Kontinente

Begründung:

Wir sind Teil einer Welt, deren Völker immer stärker voneinander abhängig werden. Die Glaubwürdigkeit unseres Eintretens für die Grundwerte beweist sich

Richard von Weizsäckers Mannschaft

Richard von Weizsäcker, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Spitzenkandidat der CDU für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 10. Mai 1981, hat die Mitglieder seiner Wahlkampfmannschaft benannt. Ihr gehören an:

Norbert Blüm, MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion;

Eberhard Diepgen, MdB, Vorsitzender der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhaus von Berlin;

Volker Hassemer, MdA, Mitarbeiter im Umweltbundesamt Berlin;

Barbara John, Bezirksverordnete der CDU in Berlin-Kreuzberg, Ausländerbeauftragte;

Wilhelm Kewenig, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Internationales Recht der Universität Kiel;

Gerhard Kunz, MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion;

Hanna-Renate Laurien, Kultusminister von Rheinland-Pfalz;

Heinrich Lummer, MdA, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses;

Elmar Pieroth, MdB, Entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Helmut Kohl erklärte zu dieser Nominierung vor dem Präsidium:

Richard von Weizsäcker hat mit seiner Mannschaft für die Berliner Abgeordnetenhaus-Wahlen für den Wähler überzeugend deutlich gemacht, daß die CDU über die notwendige Kompetenz und Stärke verfügt, um durch einen politischen Neuanfang die verfahrenere Situation in der Stadt bewältigen zu können.

auch an unserem Verhältnis zu den Völkern der Entwicklungsländer. Wir haben nicht nur die Aufgabe, die eigene, an den Grundwerten und Menschenrechten orientierte politische Ordnung zu schützen, sondern uns auch für unsere Werte in der Welt einzusetzen. Als Industrienation mit hohem Lebensstandard haben wir die Aufgabe, den jungen Völkern der Entwicklungsländer bei der Bekämpfung von Hunger, Elend und Armut spürbar zu helfen. Damit erfüllen wir nicht nur eine moralische Pflicht, wir leisten zugleich einen Beitrag zur Sicherung unserer eigenen Existenz.

III. Der Bundesvorstand wird ferner beauftragt, für den Herbst dieses Jahres einen Bundesparteitag vorzubereiten, auf dem u. a. unter dem Thema „**Zukunftschance der Jugend**“ vor allem Fragen der Bildungspolitik behandelt werden sollen.

IV. Die Beschlußfassung über diese Themen soll vorbereitet werden durch eine **offene Diskussion auf allen Ebenen der Partei, durch wissenschaftliche Fachkongresse und regelmäßigen Meinungsaustausch mit den gesellschaftlichen Gruppen.**

Der Bundesvorstand wird ferner beauftragt, eine **Kommission aus Wissenschaftlern und Politikern** einzurichten, deren Aufgabe es ist, zu ausgewählten Zukunftsproblemen, u. a. Sicherung des Generationenvertrages, Neue Soziale Frage, Analysen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

■ FRAKTION

Grundsätze zum Rüstungsexport

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat auf ihrer Sitzung am 10. Februar 1981 bei einer Gegenstimme und einer Stimm-enthaltung nachfolgende Grundsätze zum Rüstungsexport der Bundesrepublik Deutschland beschlossen:

Die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung wird immer widersprüchlicher. Die Bundesregierung durchbricht und manipuliert derzeit die von ihr selbst aufgestellten Beschränkungen, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, nach Gutdünken. Die gegensätzlichen Meldungen und Meinungen aus der SPD/FDP-Koalition zur Frage der Rüstungsexporte schaden dem Ansehen und der Berechenbarkeit der deutschen Außenpolitik.

Die CDU/CSU hält eine gründliche Erörterung aller Aspekte dieses Themas für dringend erforderlich, damit es bald zu der fälligen Klärung kommt.

Die politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, die der Bundessicherheitsrat im Mai 1971 zur Ergänzung des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Außenwirtschaftsgesetzes von 1961 beschlossen hat, werden ganz offenkundig der veränderten weltpolitischen Lage nicht mehr gerecht. Durch das imperiale Vordringen der Sowjetunion sind viele Regionen zu Spannungsgebieten geworden, andere können es jederzeit werden.

Die Lebens- und Sicherheitsinteressen

der Bundesrepublik Deutschland sind jedoch nicht nur auf Europa beschränkt. Daher ist im Interesse des Friedens und der Wahrung der deutschen Interessen eine Überprüfung der Grundsätze des Rüstungsexportes unerlässlich.

Die CDU/CSU-Fraktion läßt sich bei der Beurteilung des Rüstungsexportes von folgenden Grundsätzen leiten:

- ① Die CDU/CSU hält eine weltweite Beschränkung des Rüstungsexportes unter Einschluß der UdSSR und ihrer Verbündeten für notwendig und fordert die Bundesregierung auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine international kontrollierte Vereinbarung dieser Art zu erreichen.
- ② Die CDU/CSU sieht die vordringliche Aufgabe der deutschen Rüstungsindustrie in der Erhaltung der eigenen Verteidigungsfähigkeit und im Rahmen der Arbeitsteilung der NATO.
- ③ Die CDU/CSU tritt auch in Zukunft für eine restriktive deutsche Rüstungsexportpolitik ein, unbeschadet der Tatsache, daß die deutsche Rüstungsindustrie in ihrem gegenwärtigen Umfang im übrigen auch von technologischer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung ist.
- ④ Solange politische Konfliktregelungen und vertragliche internationale Rüstungsbeschränkungen nicht erreicht sind, muß sich unser Rüstungsexport nach den vitalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland an einer weltweiten Sicherung des Friedens und der Freiheit unserer Verteidigungsfähigkeit und unserer wirtschaftlichen Lebensgrundlagen richten.
- ⑤ Die Bundesregierung muß durch eine Entscheidung im Einzelfall die politische Kontrolle über den deutschen Rüstungsexport behalten.

■ MITTELAMERIKA

Der Friede in El Salvador ist möglich und notwendig

Die Bundesregierung soll die wirtschaftliche Hilfe für El Salvador wiederaufnehmen und die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland wieder mit einem Botschafter besetzen. Dies forderte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler am 6. Februar in Frankfurt unmittelbar nach seiner Rückkehr von einer Reise durch die mittelamerikanischen Staaten Costa Rica, Nicaragua und El Salvador und auf die Karibikinsel Jamaika.

Das vom Bürgerkrieg geschüttelte El Salvador benötige zum Beispiel dringend Düngemittel, um die nächsten Stufen der umfassenden Landreform verwirklichen zu können.

Die Regierung in El Salvador befindet sich auf einem schwierigen, nach meiner Auffassung aber richtigen Weg, der zum Ziel hat, die Demokratie in diesem Land wiederherzustellen und soziale Reformen durchzuführen, betonte Heiner Geißler. Sie befindet sich zugleich in einer schweren Auseinandersetzung mit Linksextremisten, mit einer Guerilla-Bewegung, die von der Sowjetunion und von Kuba finanziell und militärisch unterstützt wird. Und die Regierung befindet sich auf der anderen Seite in einer schweren Auseinandersetzung mit einem bewaffneten Rechtsextremismus, der finanziert wird von der früheren Oligarchie in El Salvador, den Großgrundbesitzern, die schwerste Angriffe

gegen Napoleon Duarte, den Staatspräsidenten von El Salvador, und die Regierung von El Salvador führen.

Nach meiner Überzeugung ist in El Salvador der Friede notwendig und möglich. Er ist möglich,

1. weil die „Frente Democratico Revolucionario“ und die Guerillas im Volk keine Unterstützung haben, was sich z. B. daran zeigt, daß der von der Frente ausgerufene Generalstreik nur zu Bruchteilen befolgt wurde,
2. weil die maßgeblichen Teile der katholischen Kirche, die nach wie vor in El Salvador eine große Rolle spielt, inzwischen ganz überwiegend die Politik der Mitte der Regierung von Napoleon Duarte unterstützt,
3. weil die drei wichtigsten Gewerkschaften sich mit Ausnahme der kommunistischen Gewerkschaften in einer konstruktiven Opposition befinden, d. h. sie wollen im Innern konstruktiv die Reformpolitik der Regierung unterstützen,
4. weil Napoleon Duarte, den ich seit langer Zeit kenne, ein überzeugter Demokrat ist, ein christlicher Demokrat, der über Jahre hindurch im Exil leben mußte, der immer gegen die Rechtsdiktaturen in seinem Land gekämpft hat, der im Gefängnis war, von rechten Diktatoren gefoltert worden ist, mit seiner Person für den Frieden geradesteht und dabei von der gesamten Regierung und

auch von den militärischen Mitgliedern der Junta unterstützt wird.

Der Frieden ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig, weil

1. der Terror der linken Guerilleros, die militärisch geschlagen sind, zu Lasten der Bevölkerung geht,

2. die Landreform voll im Gange ist; so sind z. B. alle Haciendas, alle Großgrundbesitzer mit einem Besitz von über 500 ha inzwischen enteignet. Von den 242 Großgrundbesitzern, die davon betroffen sind, haben 103 die Option akzeptiert, 100 ha für sich zu behalten. Die Landreform braucht Erfolg und dazu ist z. B. ein Kredit von 50 Millionen Dollar zum Kauf von Düngemitteln erforderlich,

3. die Sowjetunion über Kuba den Versuch unternimmt, durch die Unterstützung der linken Guerilleros die Vereinigten Staaten zu einer direkten Intervention in El Salvador mit der Absicht zu provozieren, den Vereinigten Staaten sozusagen ein „Afghanistan“ vor der eigenen Haustür zu schaffen, wodurch die Sowjetunion in der Weltöffentlichkeit moralisch entlastet würde und ihrerseits freie Hand für weitere Interventionen hätte.

Ich habe in meinen Gesprächen mit der Junta in El Salvador nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Weltöffentlichkeit und daß die christlichen Demokraten erwarten, daß die Regierung mit gleicher Anstrengung, mit der sie gegen den linken Extremismus vorgeht, auch die Übergriffe, die Morde und die Verbrechen der Rechtsextremisten in El Salvador bekämpft. Dies ist ohne jede Ausnahme auch von den Mitgliedern der Regierung als richtig akzeptiert worden.

Der Staatspräsident von El Salvador, Napoleon Duarte, hat mir gegenüber erklärt und mich auch bevollmächtigt,

hier in der Bundesrepublik Deutschland zu erklären, daß er jederzeit bereit ist, mit den Führern der Guerilla in El Salvador, mit den Führern der Opposition mit dem Ziel zu verhandeln, das Blutvergießen in El Salvador endlich zu beenden und den Frieden wiederherzustellen.

Als Voraussetzungen für diese Verhandlungen schlägt Napoleon Duarte vor, daß Waffenruhe eintritt und alle Beteiligten sich bereiterklären, freie Wahlen durchzuführen, bei denen alle Parteien die gleichen Chancen haben.

In diesem Zusammenhang richtet Napoleon Duarte und richte auch ich die dringende Bitte an die SPD und an die Sozialistische Internationale, in diesem Sinn auf die ihr nahestehenden Gruppen der Guerilleros einzuwirken, da bisher von dieser Seite die Friedensvorschläge abgelehnt worden sind.

Ich bin bereit, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Willy Brandt als Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale über die Gespräche zu informieren, die ich geführt habe. Und ich würde es sehr begrüßen, wenn die Bundesregierung sich bereiterklären könnte, wieder einen Botschafter nach El Salvador zu schicken und die Wirtschaftshilfe wieder aufzunehmen.

Napoleon Duarte hat den schweren politischen Kampf um einen demokratischen Weg der Mitte gewonnen. Die Bevölkerung steht auch militärisch nicht auf der Seite der Guerilleros. Nicht gewonnen haben Duarte und seine Regierung die publizistische Auseinandersetzung in der Weltöffentlichkeit, vor allem deshalb nicht, weil die von Kuba und letztendlich von der Sowjetunion unterstützten Guerilleros zumindest die psychologische und moralische Unterstützung der Sozialistischen Internationale haben.

■ INFORMATION/ KOALITION

Über Neutronenwaffe sachlich diskutieren

Nach Auffassung der CDU/CSU gilt es jetzt, die wieder aufgelebte Diskussion um die Neutronenwaffe besonnen ohne Hurra, aber auch ohne falsche Friedensargumente zu führen. Nichts ist außenpolitisch jetzt wichtiger als eine in Ruhe und Sachlichkeit geführte bündnisinterne Konsultation, die dem Gesichtspunkt der Unteilbarkeit der amerikanisch-europäischen Sicherheit und des Weltfriedens Rechnung trägt. Vorrang hat dabei der bereits gefällte Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979, erklärte der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Alois Mertes.

Folgendes muß festgehalten werden: Bundeskanzler Schmidt war vor drei Jahren empört, weil Präsident Carter Bau und Stationierung der Neutronenwaffe in Europa aussetzte. Schmidt wertete nach den langen und intensiven Bündnisberatungen Carters Kehrtwendung als Willkür; und Außenminister Genscher mußte nach Washington eilen, um den Präsidenten umzustimmen, damit es nicht zu einer Schwächung der sicherheitspolitischen wie auch der abrüstungspolitischen Position des Westens gegenüber der sowjetischen Panzerüberlegenheit, gepaart mit Abrüstungsheuchelei und Raketenaufrüstung, komme. Carter blieb bei der Verschiebung, die er allerdings als nur vorläufig bezeichnete.

Bereits damals drängte Bundeskanzler Schmidt — völlig unabhängig von der

Diskussion über die Neutronenwaffe — seit einem halben Jahr auf eine Schließung der Lücke im Bereich der eurostrategischen Kernwaffen der USA, die infolge der rapiden Aufrüstung der Sowjetunion mit atomaren Mittelstreckenwaffen unerlässlich sei. Insbesondere komme es auf die Wiederherstellung einer glaubwürdigen Abschreckungsfähigkeit des Atlantischen Bündnisses an, ohne die der Friede nicht zu wahren sei.

Der verlässlichen Widerstandsfähigkeit Westeuropas und den realistischen Abrüstungsbemühungen des Atlantischen Bündnisses droht schwerer Schaden, wenn die Bundesregierung nicht umgehend und eindeutig zum Thema „Neutronenwaffe“ zumindest erklärt, ob sie in der Sache — unabhängig von der Zeitplanung — ihre Haltung von 1978 beibehalten oder geändert hat. Vitale Fragen der Sicherheit und der Rüstungsbegrenzung dürfen nicht danach beurteilt oder gehandhabt werden, ob sie der SPD innerparteilich in den Kram passen.

Gespräch mit dem Rat der EKD

Unter der Leitung des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Prof. D. Eduard Lohse, und des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl trafen am 9. Februar Mitglieder des Rates der EKD und des Präsidiums der CDU sowie des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Bonn zu einem Gespräch zusammen. Während der dreistündigen Begegnung wurden der Friedensauftrag der Kirchen und die Ost-West-Politik sowie das Verhältnis der Jugend zu Staat und Gesellschaft erörtert. Mit Sorge stellen beide Seiten fest, daß Teile der Jugend in der Bun-

desrepublik Deutschland dem Staat mit wachsender Distanz gegenüberstehen. Dieses Problem berührt Kirchen und Parteien in gleichem Maße. Beide werden nach ihrer Glaubwürdigkeit gefragt und müssen deshalb ihre Anstrengungen verstärken, im Dialog mit der Jugend die Zukunftsperspektiven unserer Gesellschaft zu klären, für die sie später Verantwortung tragen wird.

Angesichts der Debatte über die Sicherung des Friedens, die seit einiger Zeit in Politik und Kirche geführt wird, wollen sich CDU und EKD dafür einsetzen, daß die öffentliche Diskussion sachbezogen bleibt.

Die SPD macht in Berlin die alten Fehler

Mit einer Ankündigung von „Sofortmaßnahmen“, einem „differenzierten Konzept“ im Bereich der besetzten Häuser glaubt der Berliner Interims-Senat unter Hans-Jochen Vogel der Krise Herr zu werden, die durch Verfehlungen und Versäumnisse des eigenen Lagers entstanden ist. Aber was da jetzt geschieht, offenbart Unkenntnis, Hilflosigkeit und den üblichen Versuch der SPD, mit Geld aus der Steuerkasse eine staatliche Lösung zu erzwingen.

Es ist jedoch wichtig, daß zwischen den rechtswidrigen Hausbesetzungen mit ihren gesellschafts- und wohnungspolitischen Ursachen einerseits und dem kriminell und politisch motivierten Straßenterror andererseits unterschieden werden muß. Die Beseitigung der Ursachen im Bereich der Hausbesetzungen muß also punktuell Haus für Haus nach den jeweiligen Kriterien vorgenommen werden, während der Vandalismus auf den Straßen in erster Linie ein sicherheitspolitisches Problem darstellt.

Es kommt den Bemühungen der Berliner Polizei natürlich nicht entgegen und stößt auf Unverständnis bei der Bevölkerung, wenn in dieser aufgeheizten Situation die Justiz Anklagen einfach fallenläßt. Polizeibeamte — ohnehin durch offensichtliche Mängel in der Polizeiführung irritiert — müssen sich verhöhnt vorkommen, wenn ihnen in dieser Situation der Übergangssenat noch dankt.

Skepsis gegenüber Schmidts Paris-Besuch

Zu den kürzlich stattgefundenen deutsch-französischen Konsultationen erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alois Mertes (Gerolstein), die Union begrüße jedes deutsch-französische Einvernehmen, das der Einigung Europas wirklich diene, der europäisch-amerikanischen Bündnisgemeinschaft zugute komme und dem sowjetischen Streben nach einer schleichenden Selbstfinnlandisierung Westeuropas entgegenwirke.

In dieser Lage komme es auf loyale und redliche Konsultation zwischen den Verantwortlichen in Europa und Amerika an, nicht aber auf wortreiche Beschwörungen einer nur scheinbaren Eigenständigkeit Westeuropas, die von der Sowjetunion als politische Selbstabkoppelung von den USA mißverstanden würde und die in Amerika isolationalistische Tendenzen verstärken könnte. Die CDU/CSU dränge zu einer gemeinsamen Einschätzung der langfristigen Ziele Moskaus durch Bonn, Paris, London und Washington wie auch zu einer gemeinsamen Friedensstrategie des Westens. Sie werde in diesem Sinne das Ergebnis der deutsch-französischen Konsultationen kritisch prüfen und erwarte eine umfassende Informa-

tion durch Außenminister Genscher in der nächsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wie im Plenum des Deutschen Bundestages.

Private Investitionen gegen Arbeitslosigkeit

Zum Zusammenhang zwischen steigender Arbeitslosigkeit und dem Beschluß der Hamburger SPD gegen Brokdorf erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Blüm: Die Sozialdemokraten rufen bei leeren Kassen nach einem Konjunkturprogramm; dabei liegen 40 Milliarden DM an Kernenergieinvestitionen brach. Diese 40 Milliarden DM sind mehr als der Staat je aufbringen kann. Wir brauchen keine neuen staatlichen Programme, wenn die verhinderten privaten Investitionen ins Laufen kommen. Die Koalition macht in der Beschäftigungspolitik den Eindruck von Bewegungsunfähigkeit.

Im Zusammenhang mit den notwendigen privatwirtschaftlichen Investitionen muß an den Vorschlag erinnert werden, die Arbeitnehmer mit einem Investitionslohn an der Vermögensbildung zu beteiligen. Dies wäre auch ein Beitrag zur Entkrampfung der Tarifpolitik. Von einer Einkommenspolitik, die durch Arbeitslosigkeit und Inflation unterlaufen wird, haben die Arbeitnehmer nichts.

Schmidt sagte nur die halbe Wahrheit

Zu dem offenkundigen Widerspruch zwischen dem stellvertretenden Regierungssprecher und dem Bundeskanzler im Hinblick auf die sowjetische SS-20-Aufrüstung hat der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Peter Kurt Würzbach, die Bundesregierung auf parlamentarischem Wege um

Stellungnahme gebeten. Er fragte, ob sie die Information ihres Sprechers, daß die Sowjetunion im letzten Jahr nicht 50, sondern 100 Raketen vom Typ SS 20 hergestellt habe, bestätigen könne und ob es zutreffe, daß ihr diese Tatsache schon seit einiger Zeit bekannt sein soll. Wörtlich heißt es in Würzbachs Anfrage:

Kann die Bundesregierung vor diesem Hintergrund den Widerspruch aufklären, der sich daraus ergibt, daß offensichtlich klare Erkenntnisse darüber vorliegen, daß die Sowjetunion 1980 100 Raketen des Typs SS 20 in Dienst gestellt hat, während der Bundeskanzler am 30. Januar 1981 im Plenum des Deutschen Bundestages festgestellt hat, daß „der Sachverhalt auch über das ganze Jahr 1980 und bis zum gegenwärtigen Tage bleibt, daß auf sowjetischer Seite pro Jahr rund 50 Mittelstreckenraketen hergestellt werden“ und daß diese Raketen vornehmlich auf Europa gerichtet sind?

Friedenspflicht des Staates

In Bayern darf es nicht dazu kommen, daß der Pöbel die Straße regiert. Mit diesem Appell hat sich Ministerpräsident Franz Josef Strauß an Innenminister Tandler gewandt. Schon jetzt seien alle Maßnahmen zu ergreifen, damit sich so „schwere Ausschreitungen randalierender, brutaler Chaoten“ wie in Berlin, Frankfurt, Göttingen und Hamburg im Freistaat nicht ereignen können. Die Vermeidung solcher „bürgerkriegsähnlichen Zustände“ gehöre zur Friedenspflicht des Staates.

Die rechtzeitige Aufklärung im „Vorraum der anarchistischen Szene“ gehöre ebenso dazu wie die Verhinderung sowie notfalls die Unterbindung solcher Gewaltakte, schrieb Strauß nach einer Mitteilung der Staatskanzlei.

■ ARBEITSLOSE

Bedrückende Folgen einer falschen Politik

Die hohen Zahlen der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter sind ein Signal dafür, daß im Jahresdurchschnitt 1981 mit höherer Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß, als selbst in dem schon recht pessimistischen Wirtschaftsbericht angenommen wurde, den das Bundeskabinett am 28. Januar 1981 verabschiedet hatte.

Arbeitslose und Kurzarbeiter müssen jetzt die für sie sehr bedrückenden Folgen einer seit Jahren falschen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Regierungskoalition austragen, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales Heinz Franke. Schlimm sind besonders die Perspektiven für die Arbeitslosen, die schon seit längerer Zeit ohne Beschäftigung sind. Dazu gehören vor allem viele Frauen, Schwerbehinderte, ältere Arbeitslose, wenig Ausgebildete.

Die Arbeitslosenzahlen geben dabei noch nicht einmal in vollem Umfang die kritische Situation auf dem Arbeitsmarkt wieder. So gab es z. B. im Januar 1981 allein in den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten 223 930 Bezieher vorgezogenen Altersruhegeldes ab 60 Jahre nach mindestens einjähriger Arbeitslosigkeit. Dies waren 20 000 mehr als im Januar 1980.

Nimmt man noch die Bezieher vorgezogenen Altersruhegeldes in der knapp-schaftlichen Rentenversicherung dazu — es waren im Januar 1980 55 000 —, so ist leicht auszurechnen, daß wir im

Verlauf des Jahres 1980 ca. 300 000 noch im Erwerbsalter stehende Personen hatten, die nur deshalb nicht in der Arbeitslosenstatistik erscheinen, weil sie eine vorgezogene Rente erhalten.

Gewaltig sind auch die finanziellen Kosten für Bundeshaushalt und Rentenfinanzen:

— Den Bund werden in diesem Jahr Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit und die Kosten der Arbeitslosenhilfe in einer Größenordnung von etwa 10 Mrd. DM belasten (statt der im Haushalt vorgesehenen 6 bis 7 Mrd. DM);

— die Rentenversicherung muß mit Beitragsverlusten aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit von etwa 500 Mill. DM rechnen, außerdem mit Mehrausgaben von einigen hundert Millionen DM wegen steigender Inanspruchnahme vorgezogenen Altersruhegeldes nach Arbeitslosigkeit.

Angesichts der 1,3 Millionen Arbeitslosen verstärkt sich der Druck aus den Reihen der SPD auf die Bundesregierung, neue kreditfinanzierte Ausgabenprogramme aufzulegen, obwohl weder die Beschäftigungsprobleme gelöst noch die Wachstumsschwächen überwunden werden können.

Dazu stellte MdB Jürgen Warnke fest: Es ist widersinnig, wenn die Bundesregierung einerseits im Bundeshaushalt 1981 die investiven Mittel bei den Gemeinschaftsaufgaben und beim Bundesfernstraßenbau in Milliardenhöhe kürzt und die SPD im gleichen Atemzug neue Investitionsprogramme fordert. Bei den weiteren Haushaltsberatungen sollten daher vor allem die vorgesehenen Kürzungen der Mittel bei den Gemeinschaftsaufgaben und beim Bundesfernstraßenbau rückgängig gemacht und durch entsprechende Kürzungen im konsumtiven Bereich ausgeglichen werden.

■ USA-POLITIK

Bonn wird in manchen Bereichen umdenken müssen

Es gibt keinen Zweifel, der Wind in den Vereinigten Staaten hat sich gedreht. Wir stehen vor einer einschneidenden Umorientierung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie wird auch die Bundesregierung zum Umdenken in manchen Bereichen zwingen, wenn sie nicht in Isolierung geraten will, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Manfred Wörner nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten.

Die Betonung im Doppelkonzept von Verteidigung und Entspannung liegt in Washington gegenwärtig eindeutig auf Verteidigung. Man ist offensichtlich entschlossen, die amerikanische Stärke wiederherzustellen und den Führungsanspruch im Bündnis wahrzunehmen.

Die Amerikaner sind über die Ergebnisse der Entspannungspolitik tief enttäuscht und ebenso tief besorgt über den sowjetischen Machtaufbau im letzten Jahrzehnt. Sie sind fest entschlossen, den Trend umzukehren und der wachsenden sowjetischen Macht Paroli zu bieten. Man spricht davon, den nächsten Verteidigungsetat um real 8 % bis 15 % aufzustocken. Der Aufbau der Eingreiftruppe soll beschleunigt werden. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß man einer weiteren Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs nicht tatenlos zusehen wird.

Ich möchte allerdings ganz ausdrück-

lich vor einer Verzeichnung dieser Politik warnen, vor einer verzerrten Darstellung der neuen Regierung, wie sie hier in der Bundesrepublik Deutschland in manchen Kreisen ganz offensichtlich betrieben wird. Dort sind keine Abenteuer am Werk, die einen neuen Kreuzzug gegen den Kommunismus eröffnen wollen oder die Konfrontation suchen und ein wildes Wettrüsten entfesseln wollen. Dort sind verantwortlich denkende und durchaus gemäßigte und erfahrene Leute am Werk, die allerdings die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts ernst nehmen und dem amerikanischen Machtverfall ein Ende setzen wollen. Das kann für Europa nur von Vorteil sein.

Wer dies als „Politik der Stärke“ abqualifiziert, der sollte sich eher darüber Rechenschaft ablegen, daß dies die notwendige Antwort auf die Politik der Stärke ist, die die Sowjetunion nun schon über ein Jahrzehnt betreibt. Das wird auch an der Einstellung der neuen amerikanischen Regierung zur Abrüstung und Rüstungskontrolle deutlich. Man will wirkliche Abrüstung, d. h. Verminderung insbesondere des strategischen Rüstungspotentials auf beiden Seiten und gleichgewichtig. Allerdings wird man sich Zeit lassen. Und man ist ganz offenkundig nicht gewillt, sich hier von den Europäern unter Druck setzen zu lassen.

In Washington unterscheidet man ganz bewußt zwischen Diskussionen und

Verhandlungen. Ich möchte meinen, daß man verhältnismäßig schnell mit den Sowjets ins Gespräch kommen wird. Nach den jüngsten Erklärungen des Präsidenten, die mir auch in persönlichen Gesprächen von Mitgliedern der neuen Administration bestätigt wurden, gibt es keinen Zweifel, daß man dazu bereit ist.

Von den Europäern wird mehr erwartet

Zu Verhandlungen allerdings wird es erst kommen, wenn die Überprüfung der amerikanischen Politik abgeschlossen ist und die Sowjets zu wirklich ernsthaften Verhandlungen bereit sind. Das gilt für alle Rüstungskontrollverhandlungen. Im einzelnen sind offenbar noch keine Entscheidungen getroffen worden. Das gilt für SALT, MBFR wie auch für den französischen Vorschlag einer europäischen Rüstungskonferenz.

Mit dem Konzept der „Linkage“ ist es der neuen Regierung offenbar ernst, ohne daß man das schon ganz genau und konkret definiert hätte. Sicher ist, daß man eigenes Entgegenkommen etwa auch bei Abrüstungsverhandlungen stärker von sowjetischen Gegenleistungen und von globalem Wohlverhalten abhängig machen will.

Ein weiteres ist klar: Wir Europäer werden uns darauf einstellen müssen, mehr zur gemeinsamen Verteidigung und zu den Lasten im Bündnis beitragen zu müssen. Das war die einhellige, unmißverständliche Botschaft der neuen Regierung wie insbesondere auch des Kongresses — ob nun Republikaner oder Demokraten. Wenn man sich nicht mehr um 3 % streitet, dann deshalb, weil der Streit um Prozente nichts gefruchtet hat. Das bedeutet allerdings nicht, daß man etwa weniger benötige.

Drei Prozent seien der Ausgangspunkt. Gebraucht und gefordert werde sicher mehr.

Wir werden uns also auf substantielle, ja massive Mehrforderungen einzustellen haben. Hier stehen der Bundesregierung unangenehme Gespräche ins Haus. Diese amerikanischen Forderungen werden verständlich, wenn man die Situation der USA bedenkt. Eine Arbeitslosigkeit von etwa 7 % und eine Inflationsrate um 13 %. Die neue Regierung wird einschneidende Kürzungen im sozialen Bereich vornehmen und dabei den Verteidigungsetat erheblich erhöhen. Angesichts dieser Lage können sich die Europäer nicht mit eigenen Finanzproblemen herausreden. Ganz unverhüllt wird im Kongreß davon gesprochen, Art und Ausmaß der Stationierung amerikanischer Truppen in Europa in Zukunft von der Bereitschaft der Europäer zu mehr Leistungen abhängig zu machen.

Sorgen um die Auseinandersetzungen in der SPD

Ein weiteres: Mit großer Sorge wird in Washington die Entwicklung innerhalb der Bundesregierung und die Auseinandersetzung innerhalb der SPD registriert. Man befürchtet offenbar eine verminderte Handlungsfähigkeit der Bundesregierung.

Sehr ehrlich ist nach meinem Eindruck der Wunsch, die europäischen Verbündeten enger als bisher zu konsultieren und die dafür notwendigen Beratungen hinter verschlossenen Türen abzuhalten. Allerdings glaube ich, daß wir damit rechnen müssen, daß die neue Regierung ihren Führungsanspruch wesentlich deutlicher macht und auf manche Empfindlichkeiten der Europäer weniger Rücksicht nehmen wird.

■ AGRARBERICHT '81

Ertls Beschönigungsversuche müssen endlich aufhören

Die Einkommen der deutschen Bauern gehen in erschreckendem Ausmaß zurück. Die Agrarpolitik ist ein weiteres Feld, auf dem Bundeskanzler Schmidt, seine Regierung und die sie tragenden Parteien SPD und FDP versagt haben, erklärte Ignaz Kiechle zum Agrarbericht 1981.

Die SPD/FDP-Bundesregierung hat mit ihrer Agrar-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik so schlechte Rahmenbedingungen geschaffen, daß es den meisten Bauern trotz großen Fleißes, hohen Kapitaleinsatzes und bescheidener Lebensführung nicht mehr möglich ist, ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften.

Die wirtschaftliche Talfahrt der deutschen Landwirtschaft hält jetzt schon seit Jahren an. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion muß daher der Bundesregierung nachdrücklich vorhalten, daß sie den Auftrag des Landwirtschaftsgesetzes nicht erfüllt hat. Dieser Vorwurf trifft auch die Fraktionen von SPD und FDP im Deutschen Bundestag. Bundeslandwirtschaftsminister Ertl hatte den verbindlichen Auftrag des Landwirtschaftsgesetzes kürzlich wie folgt formuliert: „Der leistungsfähige landwirtschaftliche Familienbetrieb, dessen betrieblicher Schwerpunkt in der flächenbezogenen Erzeugung liegt, soll in die Lage versetzt werden, an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung teilzunehmen.“

Dieses Ziel ist nicht erreicht worden, vielmehr sinken die Einkommen der Bauern weiter, und der Abstand der bäuerlichen Einkommen zu den Verdiensten vergleichbarer Berufsgruppen wird immer größer.

Im Wirtschaftsjahr 1979/80 sind die Einkommen der Bauern um durchschnittlich 2 % gesunken. Im jetzt laufenden Wirtschaftsjahr 1980/81 werden die Gewinne je landwirtschaftlicher Arbeitskraft um weitere 12 % zurückgehen. Im Wirtschaftsjahr 1980/81 sind die Einkommen der deutschen Bauern um nominal 15,3 % niedriger als 1975/76.

Die schlechte Ertragslage der Landwirtschaft zeigt schon jetzt beachtliche negative Auswirkungen auf andere Wirtschaftsbereiche. Weil die Bauern weniger verdienen, geht der Absatz in der Ackerschlepper- und Landmaschinenindustrie spürbar zurück. Dort sind gewerbliche Arbeitsplätze gefährdet.

Und noch eines muß hier deutlich gesagt werden: Bundesernährungsminister Ertl sollte endlich damit aufhören, die Lage der Bauern zu beschönigen, indem er die wirtschaftliche Situation anhand von zehn- bis zwölfjährigen Durchschnittswerten beschreibt. Seine Aussage, daß die Bauern in den letzten zehn bis zwölf Jahren durchschnittlich sieben Prozent jährlich mehr verdient hätten, ist eine unredliche Argumentation und eine Falschinterpretation statistischer Daten.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

Die eigene Saat

Ideologische Positionsbestimmungen scheren sich kaum noch um Schmidt als den schon verdächtigen Vertreter der Machträson und auch nicht um die Koalition: mag fahren dahin, was doch nie mit den reinen Lehren zusammengepaßt hat. Die Kluft zwischen Ideologien und Vernunft sperrt zu weit. Abrüstungsvorrang nach dem Ende der Entspannung, nein zur Kernkraft in der Ölkrise ist die Logik der Traumdenker. Sie kann Schmidt noch vor Wehner verschlingen und ist Frucht eigener Saat. Den Kanzler zieht man des Linienverrats; der Fraktionschef sieht sein Werk, die Macht, zerrinnen und niemanden, der seine Arbeit fortführen kann.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. 2. 1981

Die Kernenergie, um die es eine Weile still geworden schien, ist über Nacht nun doch wieder zur Bruchstelle in der

SPD geworden. Sie ist bei weitem nicht die einzige. Im Gesamtbereich der Sicherheitspolitik, von der Rüstung bis zum Rüstungsexport, in der Arbeitsmarktpolitik (in der Energiepolitik sowieso), vertritt der Regierungsflügel der SPD Auffassungen, die eher der christlich-demokratischen Opposition nahe stehen als einer sozialistischen Opposition in den eigenen Reihen.

Die Welt, 9. 2. 1981

Wäre Schmidts Partei noch überwiegend eine Arbeiterbewegung, zumindest was die Zusammensetzung der Delegierten auf Parteitagern aller Ebenen betrifft, dann könnte er zu pragmatischem Handeln aufrufen. Aber der Wandel in den meinungsbildenden SPD-Gremien hat meist akademisch Gebildete des öffentlichen Dienstes, Pädagogen und angestellte Soziologen, Erwachsenenbilder und Sozialarbeiter zur Parteielite werden lassen. Längst regiert Schmidt mit Bürgerlichen aus allen Parteien an der linken SPD-Hälfte vorbei. Wie lange noch?

Rheinische Post, 9. 2. 1981

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UID